

Langfristig eigenständig

Europa als »Supermacht«: Der Wahlsieg Donald Trumps in den USA hat den Ausbau der EU zum Militärbündnis beschleunigt. **Von Jörg Kronauer**

Eine erste Entwarnung hat Barack Obama schon vor seiner gestrigen Ankunft in Berlin gegeben. »Eine der Botschaften, die ich überbringen kann«, teilte der scheidende US-Präsident kurz vor dem Aufbruch zu seiner letzten Europareise im Amt mit, sei das »Bekenntnis« seines designierten Nachfolgers Donald Trump »zur NATO und der transatlantischen Allianz«. Wie Trump zur NATO stehe, genau darum hatten sich so manche im außenpolitischen Establishment der Bundesrepublik ernsthaft gesorgt. Hatte der Kandidat im Wahlkampf das westliche Kriegsband nicht ausdrücklich für »obsolet« erklärt? Hatte er nicht gedroht, sämtlichen Mitgliedsstaaten, die nicht die offiziell geforderten zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts ins Militär investierten, im Fall der Fälle den Beistand zu versagen? »In meinen Gesprächen mit dem designierten Präsidenten hat er ein großes Interesse gezeigt, den Kern unserer strategischen Beziehungen zu erhalten«, teilte Obama nun mit; und um die Sorgen in Berlin weiter zu zerstreuen, ergänzte er: »Ich denke, letzten Endes ist er pragmatisch.«

Für Berlin hat die NATO nach wie vor erhebliche Bedeutung. Mit dem westlichen Kriegsband verbinden die bundesdeutschen Eliten keineswegs nur die nostalgische Erinnerung an den Sieg im Kalten Krieg und an die erfolgreiche Zerschlagung Jugoslawiens. Noch heute ist die NATO aus Sicht der Bundesregierung durchaus nützlich – etwa, um Russland, seit es sich widerständig gezeigt und das Monopol des Westens auf Grenzveränderung gebrochen hat, in die Schranken zu weisen. Entsprechend pikiert hat Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen reagiert, als Trump nach seinem Wahlsieg mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin telefonierte. »Es ist immer gut, wenn wir im Gespräch bleiben mit Russland«, dozierte von der Leyen; es sei jedoch »auch wichtig, dass wir unsere Grundsätze nicht vergessen« – eine klare Aufforderung an den designierten US-Präsidenten, nicht von der Konfrontationspolitik abzurücken. In derlei Fällen braucht Berlin die NATO, denn – so hat von der Leyen es am Tag nach Trumps Wahl in einem Gastbeitrag in der *Rheinischen Post* formuliert: »Der Aufbau von Kapazitäten geht nicht von heute auf morgen«. Die EU rüstet auf, doch sie ist militärisch



NOCH FÜR KURZE ZEIT KOLLEGEN: Die deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen mit US-Verteidigungsminister Ash Carter am 8. März 2016 im Pentagon

noch längst nicht stark genug; daher sei, erläuterte von der Leyen, »das Engagement der USA auch für europäische Interessen« weiterhin »unverzichtbar«.

Entsprechend wird die EU – zumindest fürs erste – ihre Zusammenarbeit mit dem westlichen Militärpakt ausbauen. Das ist bereits auf dem NATO-Gipfel im Juli in Warschau beschlossen worden; die EU-Verteidigungsminister haben nun auf ihrem Treffen an diesem Dienstag zusätzlich zur Kooperation bei der EU-Marineoperation »Sophia« im Mittelmeer 40 weitere Projekte diskutiert, bei denen man gemeinsam agieren will. Sie sollen im Dezember beschlossen werden. Gleichzeitig treibt die EU ihre eigene Aufrüstung und den Ausbau von Militärstrukturen voran (siehe Text unten). Wozu das, wenn doch NATO-Strukturen längst vorhanden sind? Nun, die EU will langfristig eigenständig werden, unabhängig von den USA. Selten hat man das so deutlich gehört wie in der vergangenen Woche. »Jetzt sollten die Weichen für eine europäische Armee gestellt werden«, ließ sich der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, nach Trumps Wahlsieg unüberhörbar vernehmen. Die EU sehe

sich »einem zunehmenden Wettbewerb auf dem Weltmarkt« ausgesetzt, äußerte Federica Mogherini, Außenbeauftragte des Bündnisses: Sie könne nur bestehen, wenn sie »gemeinsam« vorgehe, und das »mit dem vollen Potential einer Supermacht auf dem Feld von Sicherheit und Verteidigung«. Ob sie wirklich der Ansicht sei, die EU könne eine Supermacht werden, wollte nach dem EU-Außenministertreffen am Montag ein Journalist von Mogherini wissen, und sie antwortete: »Nein, die EU ist schon eine Supermacht.« Der Außenminister des kleinsten EU-Landes, der Luxemburger Jean Asselborn, applaudierte: »Wir sind eine Supermacht.«

Auch wenn das – noch – eher lautstarkes Getöse als realistische Zustandsbeschreibung ist: Die Absicht liegt klar auf dem Tisch. Im Interesse der USA ist eine Supermacht EU natürlich nicht; entsprechend bremsen Washingtons engste europäische Verbündete – Großbritannien, Polen, die baltischen Staaten – beim Aufbau militärischer EU-Parallelstrukturen. Es dürfe »keine Rivalität mit der NATO, mit den USA« geben, forderte der polnische Außenminister Witold Waszczykowski beim Treffen mit sei-

nen EU-Amtskollegen am Montag. Der britische Verteidigungsminister Michael Fallon plädierte dafür, die EU-Staaten sollten, »statt teure neue Hauptquartiere zu planen oder von einer europäischen Armee zu träumen«, endlich »mehr für die eigene Verteidigung« ausgeben – im NATO-Rahmen natürlich. Also muss die EU, solange Großbritannien noch Mitglied ist, auf den symbolisch wichtigen Aufbau eines militärischen EU-Hauptquartiers verzichten und sich mit einer Art Minihauptquartier für Ausbildungseinsätze begnügen. Immerhin aber kann sie in Kürze beginnen, ein Logistik- und ein Sanitätskommando zu errichten. Vorbild ist das European Air Transport Command (EATC). Das am 1. September 2010 in Dienst gestellte Kommando koordiniert und führt die Lufttransport- und -betankungskräfte von immerhin sieben EU-Staaten: Deutschland, Frankreich, den drei Benelux-Ländern, Italien und Spanien. Die Strukturen, die die EU – mit Zustimmung der NATO – laut Beschluss der EU-Verteidigungsminister vom Montag nun aufbauen will, sind vorerst auch für Kriege des transatlantischen Bündnisses nützlich.

■ Hintergrund Wo bleibt die EU im Syrien-Krieg?

Was wird nach dem Präsidentenwechsel in Washington aus dem Syrien-Krieg? Die Frage gehört wohl zu jenen, von denen sich die deutsche Kanzlerin sowie die Staats- und Regierungschefs Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Spaniens, die morgen zum Gespräch mit Barack Obama in Berlin eintreffen, Antworten erhoffen. In der EU ist man zuletzt ziemlich verärgert gewesen. »Es wird über unsere Köpfe hinweg jetzt zwischen Moskau und Washington entschieden, wie es mit Syrien weitergeht«, hat sich etwa Wolfgang Ischinger, Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz, Ende Oktober beschwert: Es sei »höchst bedauerlich«, dass die EU es »seit über einem Jahr nicht geschafft« habe, »den Syrien-Krieg entscheidend zu beeinflussen«. Man habe vielmehr »in der Syrien-Krise das Totalversagen Europas als weltpolitischer Akteur erlebt«.

Und nun? Rein ins Getümmel, hat Ischinger zunächst im *Handelsblatt* am 12.10.2016 gefordert: »Die EU müsste alles versuchen, um den Konflikt in Syrien zu beenden.« Man müsse sich der »Frage stellen«, ob man nicht hätte »in Syrien intervenieren« sollen. Oder ob man's nicht sogar jetzt noch soll? Für ihn sehe »Syrien viel mehr nach Bosnien aus als nach Afghanistan oder Irak«, verkündete Ischinger kürzlich quasi per Lautsprecher – im Interview mit *Bild am Sonntag* –, und das sollte wohl heißen, eine Intervention in Syrien sei vielleicht doch machbar. Auf jeden Fall drängen starke Kräfte im Berliner Establishment auf eine energischer deutsche Einmischung in dem Land. Syrien sei »unser« Problem, verkündete unmittelbar nach Donald Trumps Wahlsieg etwa Josef Braml, USA-Experte der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP): »Da könnte die transatlantische Arbeitsteilung funktionieren: Amerika hat die Staatenwelt des Mittleren Ostens zerstört, wir müssen zusehen, dass wir sie wieder reparieren.«

(ik)

»Strategische Autonomie«

BRD will mit aller Macht zu einer zentralen Stellung in der Weltpolitik

Nicht mit all ihren Forderungen hat sich die Bundesregierung beim EU-Verteidigungsministertreffen am Montag und Dienstag durchsetzen können. Zwar werden einige deutsche Wünsche realisiert. So wird die sogenannte ständige strukturierte Zusammenarbeit ausgebaut; EU-Mitgliedsstaaten, die das wollen, sollen ihre militärische Kooperation vertiefen können. Auch wird die gemeinsame Aufrüstung verstärkt; die Pläne reichen von Drohnenproduktion bis zur Satellitenkommunikation. Ein gemeinsames Logistik- und ein Sanitätskommando sollen aufgestellt werden, um für künftige Kriege der EU oder der NATO zur Verfügung zu stehen. Mit der For-

derung, ein reguläres militärisches Hauptquartier zu errichten, konnte die Bundesrepublik sich allerdings nicht durchsetzen: Die EU erhält – vorerst – nur eine »Permanent operational planning and conduct capability«, eine Art Mini-EU-Hauptquartier, das gemeinsame Ausbildungseinsätze des Bündnisses steuert. Reguläre Kampfeinsätze werden weiter aus nationalen Hauptquartieren geführt. Dennoch haben die EU-Verteidigungsminister niemanden über ihre langfristigen Ziele in Unklarheit gelassen: Es gehe, heißt es in ihrem Abschlusskommuniqué, um »strategische Autonomie«.

Den Anlauf zu den Beschlüssen vom späten Montagabend hat das

Bündnis letztlich vor drei Jahren genommen. Damals, im Dezember 2013, war mit der EU-Militärpolitik nicht viel los; sie lag, wie die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung es formulierte, seit längerer Zeit in einem »Dornröschenschlaf«. Kurz zuvor allerdings, im Oktober 2013, hatte das außenpolitische Establishment der Bundesrepublik recht aufwendige Vorbereitungen für eine neue Weltpolitik-Offensive abgeschlossen, hatte Bundespräsident Joachim Gauck dazu bewegt, am 3. Oktober 2013 zum ersten Mal öffentlichkeitswirksam die Bereitschaft zu größeren militärischen Interventionen weltweit zu fordern; in Berlin kam eine breit angelegte PR-Kampagne mit der

Forderung nach einer aggressiveren deutschen Weltpolitik in Gang. Parallel dazu machte die Bundesregierung in der EU Druck, die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) doch endlich weiter voranzubringen. Auf ihrem Gipfel im Dezember 2013 fällten die EU-Staaten entsprechende Beschlüsse; unter anderem ging's um die Stärkung der Rüstungskonvention in der EU und den Aufbau gemeinsamer Kommandos nach dem Modell des European Air Transport Command (EATC).

Beschlüsse sind eine Sache, ihre Umsetzung eine andere, und mit dieser haperte es nach dem Gipfeltreffen vom Dezember 2013. Im Sommer die-

ses Jahres hat schließlich Berlin, das mit aller Macht nach einer zentralen Stellung in der Weltpolitik strebt, erneut die Initiative ergriffen und mit mehreren Forderungspapieren, die die deutschen Minister für Äußeres, Inneres und Verteidigung jeweils mit ihren französischen Amtskollegen abstimmen (vgl. *jW* vom 21. September) versucht, der Formierung der EU zur global operierenden Militärmacht neuen Schwung zu verleihen. Das jüngste Zwischenergebnis konnte man auf dem EU-Verteidigungsministertreffen Anfang der Woche bewundern. Ob es diesmal klappt? Der Wille dazu ist zumindest in Berlin vorhanden.

Jörg Kronauer